Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland 1985

Die Ausgengslage BEITRÄGE ZUR

Am 4. Dezember 1984 begannen die Gesangenen der Roten Armee Fraktion (RAF) einen Hungerstreik. Die Aktion wurde begleitet von Terroranschlägen der "Illegalen", das heißt der Mitglieder der Kommando-Ebene. An einigen Attentaten beteiligten sich RAF-Sympathisanten. Ihren Höhepunkt erreichten die koordinierten Operationen von Hungerstreik und Terror mit der Ermordung des französischen Generals René Audran am 25. Januar 1985 und des MTU-Vorstandsvorsitzenden Dr. Ernst Zimmermann am 1. Februar 1985.

Die Bevölkerung war geschockt. Man hatte geglaubt, der Terrorismus in Deutschland sei besiegt. Die neue Allianz zwischen der deutschen RAF und der französischen Action Directe (AD) weckte Befürchtungen, "Euro-Terroristen" könnten wie 1977 – dem Jahr der Ermordung Bubacks, Pontos und Schleyers – das Land erneut mit einer Welle der Gewalt überziehen. Selbst kritische SPD-Politiker riesen nach der Anwendung des Kontaktsperregesetzes. Die Bundesanwaltschast blieb besonnen.

Der "Offensive 84/85" waren acht kollektive Hungerstreik-Aktionen vorausgegangen, und zwar vom

17. Januar	bis	16. Februar 1973,
8. Mai	bis	29. Juli 1973,
13. September 1974	bis	5. Februar 1975,
29. März	bis	30. April 1977,
9. August	bis	2. September 1977,
10. März	bis	20. April 1978,
20. April	bis	26. Juli 1979,
2. Februar	bis	18. April 1981.

Wie diese Aktionen war auch der neunte Hungerstreik darauf angelegt, daß die RAF-Mitglieder "bis zur letzten Konsequenz", das heißt bis zum Tode, durchhalten sollten. Diese Zielvorstellung wird belegt durch die Bezugnahme auf den Terrorismus der IRA. In der Erklärung der RAF zum Hungerstreik

1986

Dr. jur. Hans Josef Horchem, geboren 1927 in Erp, war nach dem Studium der Geschichte und der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Mainz und Köln Richter in Nordrhein-Westfalen; von 1957 bis 1968 Bundesamt für Verfassungsschutz; von 1969 bis 1961 Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg. 1978 Berater der spanischen Regerung in Frasen der Bekämnfung des Terrorismus. Seit 1961 Berater der baskischen Regerung in Frasen der inneren Sicherheit, — Der vorliegende Beitrag beruht auf einer Studie des Autors, die im Juli 1985 in den "Informationen für politologische Zeitfragen" (IPZ), Zürich, veröffentlicht und für die "Beiträge zur Konfliktforschung" Anfang Januar 1986 auf den neusten Stand gebracht wurde.

Zusammenfassung

Motivation, Ideologie und die Rechtsertigung von Gewalt der einzelnen terroristischen Gruppen werden von deren Umfeld beeinflußt. Bei der RAF (Roten Armee Fraktion) war das bis in den Anfang der 80er Jahre die studentische Protestbewegung, die ihr Konzept der Stadt-Guerilla entwickelte. Das Umfeld der RZ (Roten Zellen) waren anfangs ebenfalls studentische und intellektuelle Zirkel mit dem Strategiekonzept, sich gegenüber der RAF abzuheben; sie wollten die Revolution nicht von studentischen Eliten bestimmen lassen, sondern forderten eine Rückkoppelung zu den Massen. Inzwischen hat die Friedensbewegung den Sympathisanten der RAF und der RZ Elan und Kraft genommen. Sie und die verschiedenen Organisationen der Grünen und Alternativen haben deren Umfeld assimiliert und auch jene Kräfte eingebunden, die früher die RAF und die RZ unterstützt hatten. Die kriminelle Energie der RAF wurde dadurch nicht gebrochen. Sie nahm den bewaffneten Kampf über logistische Operationen hinaus wieder auf. Die RZ haben mit ihren Aktionen die angestrebte Massenbasis nicht gefunden, gingen jedoch nach dem Zusammenbruch des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen erneut zu Operationen über. Die Guerilla Diffusa als terroristische Kleingruppe der autonomen Linken ist erst auf dem Wege, revolutionäres Profil zu gewinnen. Konsequente Reaktionen der Sicherheitsbehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte haben den Neo-Nazis entscheidende Verluste beigebracht und ihr Umfeld derzeit ausgetrocknet. Auch ihre Verbindungen in den Nahen Osten sind zerfallen. - Die Redaktion

heißt es: "Der Streik der irischen Gefangenen 1981 ist uns Orientierung." Im Jahre 1981 waren zehn Mitglieder der IRA am Hungerstreik gestorben.

Bei dem Hungerstreik der RAF im Jahre 1981 hatte Sigurd Debus den Tod gefunden (16. April 1981). Damals hatte die RAF ihre Aktionen weder durch Terroranschläge begleitet noch sich in einer Erklärung zu dem Streik geäußert.

Bei dem Hungerstreik der RAF vom 4. Dezember 1984 bis 5. Februar 1985 waren die Anschläge der "Illegalen" von Beginn an eingeplant und ein Grundelement der gesamten Operation. Wie bei den vorausgegangenen Streikaktionen mußten auch jetzt einzelne Gefangene in Haftkrankenhäuser überführt werden. Bei einigen wurde Zwangsernährung angeordnet. Die Anschläge außerhalb der Haftanstalten unterstützten das Durchhaltevermögen der Gefangenen. Alle "Bekenntnisse", die zu den Attentaten veröffentlicht wurden, nahmen Bezug auf den Hungerstreik.

Die erfolgreiche Koordinierung verschiedener Operationsbereiche entspricht dem von der RAF postulierten Anspruch einer "gemeinsamen Offensive der Guerilla", die schon in dem im Sommer 1984 sichergestellten "Planungspapier" formuliert worden war. Sowohl die Gefangenen als auch die Mitglieder der

446

Kommando-Ebene mußten aber schon während der Gesamtoperation realisieren, daß die Anschläge nicht mehr die Resonanz fanden, die sie bis Anfang der 80er Jahre gehabt hatten. Die Zusammenarbeit mit der AD blieb ein Einzelfall. Zur Bildung der angestrebten "Anti-Imperialistischen Front in Westeuropa" kam es nicht. Einige der Gefangenen beteiligten sich nicht an dem Hungerstreik. Sie nahmen dabei in Kauf, daß sie sich dadurch automatisch aus den Reihen der RAF ausschlossen. Die Aktionen selbst zeigten und die spätere Entwicklung bestätigte, daß in der RAF die Überzeugung schwindet, den "bewaffneten Kampf" gewinnen zu können. Die Mitglieder des Kommandos werden aber auch ohne Aussicht auf Sieg weiterkämpfen. Die Gefahr des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland bleibt auch für die Zukunft bestehen. Kurzfristig werden die Anschläge sowohl in der Anzahl als auch in der Qualität eskalieren können.

Das Umfeld

Die einzelnen terroristischen Organisationen haben unterschiedliche Wurzeln. Ihre Entwicklung hängt von den jeweils gegebenen historischen Bezügen ab. Motivation, Ideologie und die Rechtfertigung von Gewalt werden von dem Umfeld der einzelnen Terror-Organisationen beeinflußt, spiegeln sich in ihm wider und lösen so neue Motivationen aus.

Eine der wichtigsten Wurzeln der RAF war die studentische Protestbewegung. Sie bestimmte das Umfeld der RAF bis in den Anfang der 80er Jahre. Entsprechend der Grundideologie der Studentengenerationen von 1964 bis Ende der 70er Jahre bildete der Marxismus-Leninismus auch die Basis für die Strategie-Papiere der Roten Armee Fraktion (RAF). Aus dem Praxisgebot des Marxismus-Leninismus entwickelten die Vordenker der RAF ihr Konzept der "Stadt-Guerilla".

Die Herkunft dieses Begriffs aus Lateinamerika verdeutlicht die zweite wichtige Kategorie für Motivation und Ideologie der RAF, nämlich die Probleme der Dritten Welt durch bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik lösen zu wollen.

Umfeld der Revolutionären Zellen (RZ), der zweiten deutschen Terror-Organisation, waren in der Anfangsphase ebenfalls studentische und intellektuelle Zirkel. Das Strategiekonzept der RZ war aber von Anfang an davon bestimmt, sich gegenüber der RAF abzuheben. Im Gegensatz zu der Theorie der RAF, nach der studentische Eliten die Revolution bestimmen sollten, forderten die RZ eine Rückkoppelung zu den "Massen". Das sollte dadurch geschehen, daß man die einzelnen revolutionären Aktionen an konkrete gesellschaftliche Konflikte anknüpfte.

Inzwischen ist der Sympathisantenkreis sowohl für die RZ als auch – noch deutlicher – für die RAF geschrumpft. Eine steigende Anzahl der Sympathisanten, die früher die RZ und RAF zumindest in der Agitation unterstützten, kann sich heute nicht mehr mit deren Zielen identifizieren. Nach der Besetzung Afghanistans durch die Sowjets und mit der neo-kolonialistischen Politik der Sowjets in Afrika ist die linke Propaganda hohl geworden, die alle Probleme

der Dritten Welt auf angebliche kapitalistische Ausbeutung zurückzuführen sucht. Die hohen und wohl für längere Zeit konstanten Arbeitslosenzahlen in Europa scheinen zu verlangen, daß man sich zuerst mit der Lösung der entsprechenden sozialen Fragen hier beschäftigt, statt die okonomischen und sozialen Probleme in Lateinamerika oder Schwarzafrika anzuklagen.

Schon Ende der 70er Jahre begannen einige Mitglieder der RAF, ihrer Organisation den Rücken au kehren. Im Mai 1979 stellten sich nach einem Aufruf des Bundesinnenministers zwei Mitglieder der RAF, die mit Haftbefehl gesucht wurden, den Behörden. Im Juni 1979 erklärte sich Astrid Proll, die am 15. September 1978 in London festgenommen worden war, mit ihrer Rückführung in die Bundesrepublik Deutschland einverstanden. Kristina Berster, festgenommen am 16. Juli 1978 in Vermont/USA, erklärte sich ebenfalls zur Rückkehr bereit und wurde am 1. November 1979 in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben. Rudolf Raabe stellte sich im Juli 1980, Günter Maria Rausch im Oktober 1983 freiwillig den Untersuchungsbehörden.

Das Umfeld und die Friedensbewegung

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland hat den Sympathisanten der RAF und RZ Elan und Kraft genommen. Die Breitenwirkung, welche die Friedensbewegung inzwischen erzielt hat, macht deutlich, daß die Chancen progressiver Politik größer sind, wenn ihre Verwirklichung gewaltfrei angegangen wird. Der Wunsch, das gesellschaftliche System zu verändern, manifestiert sich heute auch bei der extremen Linken in Reformvorhaben und nicht in Revolution. Er kanalisiert sich in Institutionen und Organisationen, die inzwischen zum Teil in die Parlamente eingezogen sind. Das ideologische und aktivistische Kräftepotential, das bis vor wenigen Jahren noch dei war als Umfeld und zum Flankenschutz terroristischer Organisationen, ist inzwischen aufgegangen und assimiliert worden durch die Friedensbewegung und die verschiedenen Organisationen der Grünen und Alternativen.

Das alternative Spektrum ist, insgesamt gesehen, immer noch mehr eine "Bewegung" als eine "Partei". Seine Organisationsstrukturen stellten sich bisher nur als Hülle dar, in der sich divergierende Interessen mit wechselnden Zielrichtungen zu einer neuen politischen Kraft gebündelt haben.

Andere Bewegungen, die von zum Teil ähnlichen Motivationen getragen sind, sich aber nicht zu einer Partei kristallisieren konnten, sind gescheitert. Die erste Bewegung dieser Art war die "Volksbefragung gegen die Remilitarisierung" der Jahre 1951/52. Sie mußte ohne Erfolg bleiben, weil sie von Kommunisten initiiert und von Vehikeln der damaligen KPD organisiert und getragen

Die zweite Bewegung entwickelte sich, als die Nato-Konferenz im Dezember 1957 beschloß, die europäischen Mitgliedstaaten mit Atomwaffen-Depots auszurüsten. Auch sie war von Kommunisten beeinflußt. Die Führungsgremien vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und von der SPD versuchten zögernd, die Aktion "Kampf dem Atomtod" auf eine allgemeine Volksbefragung hinzulenken. An den einzelnen Kundgebungen beteiligten sich bis zu 150 000

Menschen. Das Bundesverfassungsgericht verbot am 30. Juli 1958 auch diese Volksbefragung.

Die dritte Bewegung hatte ihre Wurzeln im Protestpotential der studentischen Jugend der 60er Jahre. Ihren explosiven Höhepunkt erreichte sie mit den Aktionen der APO (Außerparlamentarischen Opposition) in den Jahren 1967/ 68. Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Bewegungen handelte es sich bei ihr um den Protest einer neuen Generation, die in das Wirtschaftswunder hineingewachsen war, es aber nicht mitgestaltet hatte.

Erste organisatorische Impulse kamen von der aus den Ostermärschen hervorgegangenen und kommunistisch beeinflußten Kampagne für Abrüstung (KFA). Zur Avantgarde wurde der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS).

Die APO zerfiel, als die Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 in die CSSR einmarschierten und nachdem die Anti-Notstands-Kampagne im Herbst 1968 gescheitert war.

Die Regierung Brandt/Scheel vereuchte, den reformitbigen Teil der Bewegung aufzufangen und für sich zu gewinnen. Vor allem die SPD konnte eine große Anzahl von Jungwählern mobilisieren. Von 1969 bis 1973 traten 100 000 Studenten und Jungakademiker der Partei bei. Die Kader-Organisationen der Neuen Linken verkümmerten zu Sekten

Der Anfangsglanz des "Historischen Bündnisses" zwischen SPD und FDP verblaßte bald. Die Reformvorhaben der neuen Koalition stießen auf ökonomische Grenzen. Der Erwartungsüberhang, den die Regierung im Hinblick auf die Möglichkeiten der Ost- und Entspannungspolitik erzeugt hatte, wurde sichtbar. Helmut Schmidt löste Willy Brandt als Kanzler ab. Die Aufbruchsstimmung der Jahre, in denen man "mehr Demokratie wagen" (Brandt) wollte, machte einer Phase der Ernüchterung und Desorientierung Platz.

Gleichzeitig hatten sich Bürgerinitiativen gebildet, die sich der Bewältigung unterschiedlichster Probleme widmeten, zu deren Lösung die etablierten Parteien nicht fähig oder willens schienen. Aus ihnen entstand, sich zum Teil damit überlappend, eine breite Ökologie-Bewegung. Parallel dazu entwickelten sich, zunächst als Sub-Kultur, die Alternativ-Bewegung sowie die Frauen-Bewegung.

In diese politische Mischung trat die Friedensbewegung mit zunächst formierender Kraft. Auch sie war in ihrer Entwicklungsphase bis hin zum ersten Jahrestag des "Krefelder Appells" am 21. November 1981 maßgeblich von Kommunisten beeinflußt. Mit der Oppositionsrolle der SPD seit Oktober 1982 und nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag hat sich die nichtkommunistische Basis der Friedensbewegung aber entscheidend verbreitert. Die Gesamtbewegung dürfte nach wie vor über rund 1,5 Millionen Anhänger verfügen. Sie hat einen Sympathisantensaum, über den inzwischen fast fugenlos ökologische Denkweisen und Umweltschutzprogramme in die einzelnen Stämme - wie zum Beispiel die Alternativ- und Frauen-Bewegung - hineingeflossen sind. Umgekehrt haben die sich als Partei verstehenden Grünen ihre programmatischen Schwerpunkte von der Ökologie- und Anti-Kernkraft-Thematik auf Fragen der

Abrüstung und des Friedens verschoben. Mit dem Blick auf Friedens-, Alternativ- und Frauen-Bewegung können sich die Grünen deshalb zu Recht als parlamentarischer Arm einer breiten außerparlamentarischen Opposition verstehen.

Eine zu breite Toleranz gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen (symptomatisch ist die lange Diskussion über die Straffreiheit bei Unzucht mit Minderjährigen) hat su Wahlverlusten beigetragen. Die Fixierung auf ökologische Randprobleme hat der Glaubwürdigkeit Abbruch getan. Inzwischen deutlicher gewordene gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Tendenzen und darauf folgende neue Einsichten der Wähler dürften den Grünen aber helfen, bis weit in die 90er Jahre das politische Spektrum der Bundesrepublik mitzubestimmen. Die Politik der SPD gegenüber den Grünen in Hessen etwa zeigt nicht nur Sachzwänge für die Sozialdemokraten, sondern auch die Notwendigkeit für die Grünen, kompromissähiger zu werden.

Wählbarkeit und Bündnisfähigkeit der Grünen werden sich erhöhen, wenn sich die Partei - wie in Einzelfällen schon geschehen - weiterhin von kommunistischen Beeinflussungsversuchen abgrenzen kann. Die Abwendung von künstlichen Organisationssystemen (die Fragwürdigkeit des Rotationsprinzips ist schon häufig angesprochen worden) wird stabilisierende Wirkungen haben. Die zurückhaltende Sympathie liberaler Zeitungen ist von einem nicht zu unterschätzenden Propagandawert. Die Alternativ-Presse, die eine Auflage von mehr als 500 000 Exemplaren im Monat hat, bringt organisatorische Einflüsse. Die linksradikale "taz" mit rund 40 000 Exemplaren täglich ist zu einer Plattform und zu einem Diskussionsforum für alle Basisbewegungen geworden. Weit überderen Anhängerzahl hinaus hat sich eine neue Mittelklasse gebildet, die die gleichen Besorgnisse hat und zu den gleichen Zielen tendiert wie die neuen sozialen Bewegungen, für welche die Grünen als Repräsentant stehen.

In diese neue Klasse eingebunden sind auch die Kräfte, die noch vor wenigen Jahren die RAF und die RZ unterstützt hatten. Ihre politische Energie ist heute mehr praxisbezogen und deshalb kompromißbereiter als das frühere RAF- und RZ-Umfeld. Dieses arbeitet auf Bündnisse zwischen SPD und Grünen hin. In der dazugehörenden politischen Landschaft hat sich ein Klima entwickelt und ist nach wie vor existent, das demjenigen der ersten Jahre der Koalition Brandt/ Scheel ähnelt. Es ist zwar weniger schwärmerisch als damals, eine Art "Aufbruchestimmung" ist aber dennoch virulent. Die Zukunftserwartungen, die damit verbunden sind, dämpfen die Vorstellungen, daß nur der "bewaffnete Kampf" zu einer Änderung des gesellschaftlichen Systems führen (RAF) oder daß nur die Schaffung neuer "revolutionärer Subjekte" zu einer Änderung der Lage beitragen könnten (RZ). Solange diese Erwartungen nicht enttäuscht werden, sind die Chancen, neue Kämpfer für den deutschen Terrorismus "außerhalb des legalen Umfeldes" rekrutieren zu können, gering.

Die Rote Armee Fraktion (RAF) und die "Offensive 84/85"

Die Organisation der RAF setzt sich nach wie vor aus drei Kreisen zusammen, die sich gegenseitig berühren und in einigen Fällen überlappen. Es handelt In Haft befanden sich Ende 1985 noch 46 Terroristen. Davon gehören und gehörten 43 zur RAF und drei zur "Bewegung 2. Juni", die inzwischen in der RAF aufgegangen ist. Von den 46 inhaftierten Terroristen sind 25 ehemalige RAF-Kämpfer und die drei Terroristen der "Bewegung 2. Juni" rechtskräftig verurteilt. Einige der Gefangenen, die sich am Hungerstreik nicht beteiligten, können nicht mehr zur RAF gerechnet werden. Dazu gehören zum Beispiel Jürgen Grashof, Klaus Jünschke, Siegfried Haag und Stefan Wischnewski.

Das RAF-Umfeld umfaßt nach wie vor rund 200 Personen. Aus diesem Kreis hat sich bisher der Nachwuchs der RAF rekrutiert. Der harte Kern der Kommando-Ebene besteht noch immer aus nur 15 bis 20 Personen. Aus der RAF der 70er Jahre stammen davon Inge Viett (geboren am 12. Januar 1944 in Stemwarde) und Henning Beer (geboren am 30. September 1958 in Hamburg). Die anderen "Kämpfer" sind erst 1984 zum harten Kern gestoßen.

Mit Haftbefehl gesucht werden insgesamt 31 deutsche Terroristen (Stand: Ende 1985).² Terroristen, die inzwischen den "bewaffneten Kampf" aufgegeben haben – wie zum Beispiel Hans-Joachim Klein –, sind auch noch in der Fahndungsliste aufgeführt.

Vier Frauen, die der Zielfahndung unterliegen, sind inzwischen aus der RAF ausgeschieden und haben sich terroristischen Organisationen in Nahost angeschlossen. Dabei ist der genaue Aufenthaltsort von Ingrid Siepmann (Jahrgang 1944) nicht bekannt. Susanne Albrecht (geboren am 1. März 1951 in Hamburg) war lange Zeit in einem PLO-Lager im Südjemen und lebt jetzt in einem Camp der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) in Damaskus. Friederike Krabbe (geboren am 31. Mai 1950 in Bentheim) war zunächst Mitglied der palästinensischen Terror-Organisation "15. Mai" (Abu Ibrahim) und arbeitet jetzt für das PFLP-Special-Command (Wadia-Hadad-Gruppe) in Bagdad.

Trotz der wiederholten Versuche zu rücksichtsloser Anwendung von Gewalt, die schließlich in der Ermordung von General Audran und Dr. Zimmermann gipfelten, befindet sich die RAF seit Jahren in einem Prozeß langsamen Verfalls. Die Deklination wird schon deutlich durch die Tatsache, daß die RAF seit 1980 keine "Strategischen Papiere" mehr veröffentlicht hat. Die Unterlagen, die im Juli 1984 in den Wohnungen von RAF-Terroristen in Frankfurt und Karlsruhe gefunden wurden, enthielten keine strategischen Konzeptionen, waren vielmehr ausdrücklich als "Planungs und Diskussionspapier" bezeichnet. Die Reste der Ideologie der RAF sind seit 1980 nicht mehr ausdrucksfähig. Auch die interne politische Agitation konnte vielfach nicht eine Entwicklung verdecken, die aus der Existenz eines ideologisch motivierten "Kämpfers" in das hoffnungslose Dasein eines Desperados führen mußte. Daraus folgten Rückschläge.

Die Niederlagen, die die RAF erlitt, konnten ihre kriminelle Energie aber nicht brechen. Nach dem Scheitern des Versuchs, 1981 erneut eine "revolutionäre Situation" zu schaffen (Anschlag auf das Luftwaffen-Hauptquartier der Nato in Ramstein/Pfalz; Attentat auf den Kommandierenden General der US- Army in Europa, General Frederick J. Croesen), beschränkte sich die RAF 1982 auf logistische Operationen. Am 15. September 1982 überfielen Christian Klar, Adelheid Schulz, Inge Viett und Brigitte Mohnhaupt eine Bank in Bochum und erbeuteten 126 000 DM. Am 11. und 16. November 1982 wurden Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Christian Klar festgenommen. Zahlreiche Depots mit Waffen, Munition, Geldmitteln und falschen Ausweispapieren wurden ausgehoben. Am 26. März 1984 verübten vier andere Mitglieder der RAF einen Raubüberfall auf eine Bank in Würzburg. Sie erbeuteten 171 000 DM.

Die RAF hatte also Erfolge errungen trotz der Tatsache, daß führende Mitglieder durch Festnahmen und Verhaftungen ausgefallen waren. Das führte zu Überlegungen, den bewaffneten Kampf über logistische Operationen hinaus wieder aufzunehmen.

Bei der Festnahme von sechs Kernmitgliedern der RAF im Juli 1984 in Frankfurt und Karlsruhe zeigte sich, wie weit diese Überlegungen schon gediehen waren. Die Beamten des Bundeskriminalamtes fanden in den Wohnungen der Terroristen neben zahlreichen anderen Unterlagen das oben erwähnte "Planungs- und Diskussionspapier". Der Inhalt dieses Papiers war offensichtlich schon mit den inhaftierten RAF-Mitgliedern besprochen worden und hatte aus den Gefängnissen Korrekturen erfahren. Es enthielt eine Analyse der derzeitigen politischen Lage in der Bundesrepublik, die auch von linken Sympathisanten wohl als realitätsfremd betrachtet worden wäre. Auf der anderen Seite enthielt es Pläne, die genau durchkalkuliert zu sein schienen und die in drei Stufen verwirklicht werden sollten.

Im Herbst 1984 sollten Sprengstoff-Attentate gegen Schlüsseleinrichtungen des "Nato-Militärapparats" (US-Army und Bundeswehr) durchgeführt werden. Einzelne Objekte waren als Angriffsziele gekennzeichnet. Die Ergebnisse der Aufklärung (zum Beispiel die Nato-Pipelines im süddeutschen Raum) waren beigefügt. Sie stammten offensichtlich aus dem RAF-Umfeld.

Gleichzeitig sollten die inhaftierten RAF-Mitglieder einen Hungerstreik starten mit der Forderung, in den Haftanstalten zusammengelegt zu werden. Dies ist das alte Ziel, "interkommunikationsfähige Gruppen" zu bilden. Bemerkenswert dabei ist, daß in dem Planungspapier von einer Befreiung der "inhaftierten Genossen" nicht mehr die Rede war.

In der dritten Stufe sollten "Repräsentanten der Repression" getötet werden.

Mit einer Zeitverschiebung von sechs Wochen versuchte die RAF dann tatsächlich, ihren Drei-Phasen-Plan zu verwirklichen. "Planungstreue" ist eine Eigenschaft, die von der RAF bisher immer wieder angestrebt und verwirklicht
wurde. In den ersten Tagen des Dezember 1984 begannen die Gefangenen ihren Hungerstreik. Am 18. Dezember versuchte ein RAF-Kommando einen
Bombenanschlag auf die Nato-Schule in Oberammergau. Wenn die Aktion für
die RAF zum Erfolg geworden wäre, hätten rund 30 Menschen sterben müssen.
Die Operation schlug fehl, weil der Zünder der Bombe wegen der damals herrschenden Kälte nicht detonierte. Am 15. Januar 1985 veröffentlichten AD und
RAF ein gemeinsames Kommuniqué: "Für die Einheit der Revolutionäre in

 \Box

0

0

æ

0

9

<

0

æ

Z

Westeuropa", in dem sie die Gründung einer "Einheitsfront zur Bekämpfung des Nato-Imperialismus" anklindigten. Am 25. Januar 1985 ermordeten Terroristen der AD den französischen General René Audran vor seiner Wohnung in Paris. Ein "Kommando Elisabeth van Dyck" erklärte sich für die Tat verantwortlich. Elisabeth van Dyck war eine Aktivistin der RAF, die 1979 in Nürnberg tödlich verletzt wurde, als sie sich ihrer Festnahme zu entziehen versuchte. Am 1. Februar 1985 erschossen zwei Terroristen der RAF den deutschen Rüstungsmanager Dr. Ernst Zimmermann in seinem Haus in der Nähe von München. Diese Aktion firmierte unter dem Namen "Kommando Patsy O'Hara", der Name eines Mitgliedes der IRA, das bei dem Hungerstreik im Jahre 1981 den Tod gefunden hatte.

Der Hungerstreik der inhaftierten Mitglieder der RAF und die Operationen der Kommando-Ebene wurden begleitet durch Anschläge und Anschlagsversuche aus dem "legalen" Umfeld der RAF. Während der Gesamtzeit des Hungerstreiks ereigneten sich 15 Sprengstoff- und 23 Brandanschläge. Die Hälfte davon richtete sich gegen militärische Objekte.

Bei einem Anschlagsversuch am 20. Januar 1985 gegen das Rechenzentrum Bau GmbH in Stuttgart-Vaihingen kam es für die Terroristen zu einer Panne. Johannes Thimme und Claudia Margarete Wannersdorfer, beide zum RAF-Umfeld gehörend, transportierten einen Sprengsatz in einem Kinderwagen zum Tatort. Die Bombe explodierte vorzeitig. Johannes Thimme wurde getötet; Claudia Margarete Wannersdorfer wurde schwer verletzt. Thimme war bereits von 1978 bis 1980 als Miglied der RAF und 1981/82 wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung inhaftiert gewesen.

Nach dem Mord an Dr. Ernst Zimmermann brachen die Gefangenen den Hungerstreik ab. Die RAF veröffentlichte eine "Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks", die zeigt, daß sich die Terror-Organisation ihrem entscheidenden Ziel - nämlich der Errichtung einer anti-imperialistischen Front in der Bundesrepublik und in Westeuropa - ein erhebliches Stück näher gekommen zu sein glaubte. Die RAF stellte zunächst realistisch fest, daß die anti-imperialistische Front noch nicht das politische, praktische und organisatorische Niveau entfaltet habe, das notwendig sei, "dem offenen Vernichtungsinteresse des Staates die Grenze zu setzen"; sie hielt aber den "Sprung zur Einheit der westeuropäischen Guerilla und die Realisierung einer neuen Qualität von Angriffsstrukturen" tatsächlich jetzt für möglich.

Sie führte das zurück auf die Konzentrierung auf Aktionen, die dem Gesamtkonzept folgten, und auf die Vermeidung von bloßen Sympathie- und Störaktionen. Diese Vorstellungen fanden sich bereits in Ansätzen in einem "Zellen-Papier", das im Oktober 1982 an mehrere Häftlinge gerichtet war. Schon damals wurden im Hinblick auf einen etwaigen neuen Hungerstreik "demonstrative und zugleich appellierende Aktionen" als falsch bezeichnet. In dem Zellen-Zirkular hieß es weiter:

wenn, dann hit-and-run-aktionen. daß sie klar als aktionen der militanten szene zu erkennen sein müssen. und daß sie in ziel und mittel als aktion auf diesem terrain auf die metropolenstrategie bezogen sein müssen.

Trotz dieser Appelle um Beschränkung und Begrenzung erfolgten am 8. April 1985 (Ostermontag) weitere Anschläge und Anschlagsversuche aus dem RAF-Umfeld.

Eine "Illegale militante kämpsende Einheit Johannes Thimme" zundete einen Sprengsatz bei der Internationalen Schiffs-Studiengesellschaft (ISS) in Hamburg-Wandabek. Ein weiterer Sprengsatz in einem im Nachbarhaus gelegenen Büro der ISS konnte rechtzeitig entschärft werden.

Eine "Kämpfende Einheit Ulrike Meinhof" beschädigte mit einem Sprengstoffanschlag die Nato-Pipeline bei Ippingen im Kreis Aalen.

Drei Mitglieder der RAF versuchten, sich in Uniformen der Bundeswehr Zugang zu einem Munitionsdepot in Neukirchen bei Traunstein zu verschaffen. Sie scheiterten an der Aufmerksamkeit des Wachtpostens.

Am 8. August 1985 verübte die RAF einen schweren Bombenanschlag auf den amerikanischen Luftwaffenstützpunkt am Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt. Sie brachte eine Auto-Bombe zur Entzündung, tötete zwei Amerikaner und verletzte elf Passanten. Am 7. August hatten zwei Mitglieder der RAF den amerikanischen Soldaten Edward Pimental mit einem Genickschuß ermordet, um seine Identifizierungskarte zu rauben. Mit ihr erschlich sich die RAF den Zugang zu der abgesperrten Air-Force-Base. In dem späteren "Bekennerbrief" behauptete die RAF, es habe sich um eine gemeinsame Aktion mit der AD gehandelt. Der "Bekennerbrief" war mit "Kommando George Jackson" unterzeichnet. Jackson war Mitglied der amerikanischen Black-Panther-Bewegung und wurde bei einer Gefängnisrevolte getötet.

Soliderisierungs-Aktionen

Neben dem Hungerstreik und dem "bewaffneten Kampf", das heißt den Bombenanschlägen und den Morden, gehörten zur "Offensive 84/85" auch öffentliche Solidarisierungsaktionen, die in das Gesamtkonzept der RAF passen.

Während des Hungerstreiks veranstalteten Unterstützerkreise, Angehörige und Rechtsanwälte der Gefangenen rund 60 Diskussionsabende und Solidaritätssusammenkünfte, an denen sich jeweils etwa 200 Personen beteiligten. Eine Veranstaltung in Frankfurt/Main am 11. Januar 1985 hatte 650 Besucher.

Etwa 15 Demonstrationen wurden durchgeführt. In Hamburg beteiligten sich 1 000 Personen, in Berlin 1 500 und in Göttingen 500. Für eine Demonstration in Karlsruhe vom 26. Januar 1985 war etwa zwei Wochen lang bundesweit geworben worden. Sie hatte danach 1 750 Teilnehmer, von denen mehrere hundert vermummt waren.

Durch Programme illegaler Radiosender fand die RAF im linken Umfeld vorübergehend eine nicht unerhebliche Publizität.

Am 10. Januar 1985 besetzten Angehörige inhaftierter RAF-Mitglieder und Personen aus dem terroristischen Umfeld das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Bonn.

ס

Noch nach den Morden an General Audran und Dr. Zimmermann besetzten Sympathisanten der RAF die Landesgeschäftsstelle der hessischen Grünen in Frankfurt/Main. Die Grünen duldeten die Aktion. Die Besetzer räumten die Büros erst am 7. Februar 1985.

Auf Erklärungen der RAF selbst folgten weitere Solidarisierungsaktionen, die aber mit der RAF nicht koordiniert waren. Großen Einfluß für derartige Folge-Demonstrationen hatten die "Erläuterungen der RAF zum Hungerstreik".3

Am 24. Januar 1985 verfaßte der ASTA der Universität Bremen eine "Erklärung zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen". Der Rektor und der Akademische Senat protestierten. Der ASTA nahm zu den Protesten am 31. Januar Stellung und unterstrich sein Engagement für die RAF-Gefangenen.

Auch im Ausland kam es zu Solidarisierungen. Am 3. und 4. Januar 1985 blockierten Jugendliche die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag. Andere drangen in das deutsche Generalkonsulat in Amsterdam ein und besprühten die Wände. Ein Intercity-Zug Amsterdam-München wurde kurz nach der Ausfahrt aus dem Hauptbahnhof Amsterdam durch Notbremsung zum Stehen gebracht und dann von 30 Personen mit RAF-Parolen beschmiert.

Am 8. Januar 1985 fand in Paris eine Solidaritätsveranstaltung statt, an der sich 40 Personen beteiligten.

Am 15. Januar 1985 wurde in Brüssel ein Sprengstoffanschlag gegen ein Kommunikationszentrum der Nato, in Barcelona gegen eine Niederlassung von Daimler-Benz verübt.

Am 24. Januar 1985 besetzten Sympathisanten der RAF in Genf die Räume des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

Eine Zäsur hätten die Morde an General Audran und Dr. Zimmermann bringen müssen. Das Bekennerschreiben⁵ signalisierte das Ende der "Offensive 84/85". Trotzdem veröffentlichte noch am 4. Februar 1985 eine große Gruppe europäischer linker Organisationen und Persönlichkeiten in der alternativen "taz" (Tageszeitung) eine Anzeige, in der sie die Bundesregierung drängte, die Forderung der RAF nach Zusammenlegung der Gefangenen zu erfüllen. Am zahlreichsten unter den Organisationen und Personen, die diese Erklärung gegen die sogenannte "Isolationsfolter" unterzeichneten, sind Namen aus der Schweiz.6

Die Revolutionären Zellen (RZ)

Die strategischen Konzepte der RZ waren von Anfang an davon bestimmt, gegenüber der RAF eine eigenständige Position zu beziehen. Die RZ wollten im Gegensatz zur RAF-Theorie, nach der studentische Eliten die Revolution bestimmen sollten, eine Rückkoppelung zu den "Massen". Das sollte dadurch geschehen, daß man die einzelnen revolutionären Aktionen an konkrete gesellschaftliche Konslikte anknüpfte. Aus dieser Grundüberzeugung entwickelte sich die sogenannte "Anknüpfungsstrategie". Deren erste Devise lautet:

Aktionen primär unter dem Gesichtspunkt der Vermassung durchzu-

führen, d.h. sie dort anzusetzen und mit den Mitteln durchzuführen, die sie für die Leute machbar machen bzw. mit denen sie sich identifizieren können.⁸

Die vierte Ausgabe der RZ-Zeitung "Revolutionärer Zorn" brachte die sorgfältigste Ausarbeitung der ideologischen Grundlagen der RZ. In ihrer Bewertung der politischen und ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre konzentrierte sie sich auf die Politik der Multinationalen Konzerne, die für sie zum Inbegriff des Imperialismus wurden. Die partielle Industrialisierung der Dritten Welt durch das internationale Kapital habe die frühere indirekte Abhängigkeit dieser Länder vom Weltmarkt in eine direkte Abhängigkeit von den Investitionsentscheidungen der großen Konzerne verwandelt. Außerdem habe sie dem transnationalen Kapital die Möglichkeit eröffnet, nur einen geringfügigen Anteil der in den Ländern der Dritten Welt erarbeiteten Gewinne dort zu re-investieren und den größten in die "Metropolen" zu transferieren.

Nach der Festnahme des Studenten Hermann Feiling im Juni 1978, der bei einer Bombenexplosion in seiner Heidelberger Wohnung beide Beine und das Augenlicht verlor, konnten erste Einblicke in die Organisationsstruktur der RZ gewonnen werden. Abweichend vom Modell der Stadt-Guerilla der RAF bemühen sich die Mitglieder der RZ, ihre Legalität solange wie möglich aufrechtzuerhalten. Sie leben nicht ständig im Untergrund, sondern haben sich in Kleingruppen orientiert, die weitgehend unabhängig voneinander operieren. Die Mitgliederzahl der einzelnen Zellen beträgt zwischen fünf und acht Personen. Die Mitglieder kennen sich teilweise nur unter Decknamen.

Nach einer Analyse des Bundeskriminalamtes vom Mai 1984 stellt die

terroristische Vereinigung RZ ... gegenwärtig das stärkste und gefährlichste terroristische Gewalttäterpotential dar. Die Zahl der von ihr seit 1973 verübten Gewalttaten übersteigt bei weitem den Umfang der kriminellen Tätigkeit der "Bewegung 2. Juni" und der "Roten Armee Fraktion", deren Brutalität sie bisher allerdings nicht erreicht hat. Dank ihrer Struktur, die nach dem Prinzip weitgehend unabhängig voneinander operierender und gegeneinander abgeschotteter Kleingruppen aufgebaut ist, konnte es ihr bisher gelingen, sich, bis auf geringe Ausnahmen, dem polizeilichen Zugriff zu entziehen.

Das linke Umfeld der RZ hat inzwischen eine andere Bilanz gezogen. Wortstührer der Kritik war zunächst die Zeitschrift "radikal", die seit Ende 1983 nicht mehr ersehienen ist. Die Kernpunkte der von ihr postulierten linken Skepsis haben aber nach wie vor Gültigkeit. Sie gipfeln in der Frage: Was hat der Kampf der RZ — nach zwölf Jahren — tatsächlich gebracht? Die Antwort, die "radikal" lieferte, war folgende: Die RZ haben mit ihren Aktionen die angestrebte Massenbasis nicht gefunden.

Spätere linke Kommentare sagten, die RZ hätten die derzeitige politische Entwicklung in der Bundesrepublik, die auf eine Veränderung des gesellschaftlichen Systems durch Reformen (Grüne-SPD) und nicht auf eine revolutionäre Situation hinauslaufe, falsch eingeschätzt. Sie seien auf dem Wege, in elitärer

Ideologischer Windbruch ist tatsächlich bei den RZ zu verzeichnen. Ihre Zeitschrift Revolutionärer Zorn" ist seit Januar 1981 nicht mehr erschienen. In den letzten 24 Monaten sind vier Kernpapiere konzipiert worden, die danach zum Teil in der linken Tagespresse veröffentlicht wurden. Es handelt sich um eine "Aufarbeitung gegen die Startbahn West" in Frankfurt⁹, um eine Bewertung der Friedensbewegung (Dezember 1983)¹⁰, um ein Diskussionspapier zur 35-Stunden-Woche¹¹ und um ein Interview des Frauensektors der RZ. "Rote Zora"¹².

Das Diskussionspapier über die Zukunft der Friedensbewegung hat als Grundlage eine gescheite Analyse der geopolitischen Situation, die Kritik an den Entwicklungen im Ostblock nicht ausspart. Es erklärt beispielsweise, daß die Sowjetunion mangels ökonomischer Potenz in der Dritten Welt sehr schnell an ihre Grenzen stoßen werde und sich auf "die Reklamation eines weltpolitischen Idealismus im Namen der Völkerfreundschaft oder aber auf rein militärische Formen der Sicherung von Einflußzonen" beschränken werde. Was bleibe, sei "im wesentlichen Waffenhilfe für nationale Befreiungsbewegungen, die nach ihrem Sieg — wie Nicaragua — auch im Interesse der Sowjetunion versuchen müssen, einen dritten Weg zu gehen; denn diese (die Sowjetunion) kann sich weder ökonomisch noch machtpolitisch weitere Kubas leisten".

Die Bewertung der Friedensbewegung selbst verrät deutlich resignative Züge. Nach der Stationierung der Pershing II würden — so die RZ — "die radikale Linke und zentrale Inhalte ihres (der Friedensbewegung) bisherigen Selbstverständnisses auf der Strecke bleiben".

Der "zunehmende Einfluß der Grün-Alternativen, der Kirchen, der traditionellen Kommunisten und Sozialisten und schließlich der Integrationsapostel
aus den Reihen der Sozialdemokratie" würde einer "Transformation der Friedensbewegung in einen neuen Befreiungssozialismus" entgegenwirken. Revolutionäre Gewalt sei nicht nur unerwünscht, sondern werde auch bei der radikalen Linken zunehmend abgelehnt.

Aus dieser Selbsteinschätzung der RZ hatte sich zunächst eine bemerkenswerte Zurückhaltung im operativen Bereich entwickelt. Informationen des Verfassungsschutzes wiesen darauf hin, daß Planungen zu Anschlägen durch eine Phase von Diskussionen ersetzt worden seien. Die Überlegungen innerhalb der RZ gipfelten in der Frage, ob ein politisch-subversiver Kampf auf die Dauer – zumindest in der derzeitigen politischen Situation – nicht mehr Erfolg verspreche als "revolutionäre Akte".

In dieser Phase praktischer Abstinenz schrumpften die Mitgliederzahlen der RZ. Vor zwei Jahren schätzten die Verfassungsschutzbehörden die Anzahl der Mitglieder auf rund 200. (Die einzelne Zelle hatte und hat fünf bis acht Kämpfer.) Heute beziffern die Verfassungsschützer die Mitglieder aller RZ auf etwa 50, höchstens auf 80 Mitglieder. Schwerpunkte sind nach wie vor das Rhein-Main-Gebiet, Nordrhein-Westfalen und Berlin.

Im Zusammenhang mit der "Offensive 84/85" der RAF haben die RZ keine terroristischen Aktionen durchgeführt. Eine am 13. Februar 1985 in der links-

orientierten "taz" veröffentlichte Stellungnahme der RZ zu den Aktionen der RAF stieß in den Reihen der eigenen Anhänger auf Widerspruch. 13 Offensichtlich haben die RZ in ihrem Bemühen, sich von der Ideologie und Strategie der RAF abzugrenzen, noch keine einheitliche Linie gefunden. 14

Nach dem Zusammenbruch des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen gingen die RZ erneut zu Operationen über. Mit vier Bombenanschlägen "bestraften" sie Firmen, die durch ihre Politik oder mit ihren Geschäftsbeziehungen angeblich die streikenden britischen Bergarbeiter bekämpft hatten.

Am 28. April 1985 brachten sie mittels Zeitzlinder mehrere Sprengsätze zur Explosion am Gebäude des Arbeitgeberverbandes und an der Niederlassung der Chemiefirma Hoechst in Köln sowie am Gebäude der Hauptniederlassung der Deutschen Bank in Düsseldorf.

Am 30. Mai 1985 sprengten sie eine unterirdische Öl-Pipeline der Nato in der Nähe von Frankfurt/Main.

Guerilla Diffusa

Dies ist der Begriff, unter dem die schmalen terroristischen Aktivitäten der "autonomen Linken" zusammengefaßt werden. Es handelt sich um Kleingruppen, die erst auf dem Wege sind, durch Einzelaktionen "revolutionäres Profil" zu gewinnen. Manchmal ist nicht zu unterscheiden, ob nicht politische Phraseologie nur Deckmantel für bloße Kriminalität ist.

Drei Beispiele aus dem Jahre 1984 können das verdeutlichen:

Im September 1984 wurden vier junge Männer aus Berlin nach einem Banküberfall in Höxter/Westfalen festgenommen. Durchsuchungen der Wohnungen
in Berlin förderten politisch-ideologisches Schriftmaterial zutage, das intellektuellen Ansprüchen kaum genügen konnte. Auf der anderen Seite wurden Unterlagen gefunden, nach denen die "Terroristen" in Berlin fünf Brandanschläge
mit Molotow-Cocktails durchgeführt hatten. In einem Falle hatten die Täter
sich – fälschlicherweise – als "Revolutionäre Zelle" zu dem Anschlag bekannt.

Im Oktober 1984 wurden vier junge Leute aus Hamburg bei einem Attentatsversuch gegen eine Versicherung in Minster/Westfalen festgenommen. Sie stammten aus dem sozial-revolutionären Umfeld eines Hamburger Jobberladens und aus der linksextremistischen "Arbeitslosenhilfe" Hamburgs.

Im November 1984 wurden in Rheda/Wiedenbrück drei Automaten-Knacker festgenommen. Bei der Vernehmung gestanden sie, Anschläge gegen einige Einrichtungen der Britischen Rhein-Armee mit Molotow-Cocktails durchgeführt zu haben. Ein politischer Bezug fehlte. Es handelte sich um bloßes Rowdytum.

Die Guerilla Diffusa stellt eine Mischung dar, die nach wie vor mehr ein Problem der allgemeinen Verbrechensbekämpfung ist als Schwerpunkt der Aufklärung des terroristischen Umfeldes sein kann. Fälle, in denen diesem Bereich zuzuordnende Personen in den Terrorismus der RZ oder RAF überwechselten, sind bisher nicht bekanntgeworden.

Internationale Verbindungen

Aus dem linksextremistischen Terrorismus der RZ sind dem internationalen Terrorismus in Einzelfällen Kämpfer zugewachsen, die sich maßgebend an Gewaltoperationen beteiligten. Als Beispiele sind zu nennen Johannes Weinrich, der als Mitglied einer zu dem Terrornetz von Iljitsch Ramirez ("Carlos") gehörenden Gruppe am 13. Januar 1975 zwei Raketen auf ein Flugzeug der El Al in Paris-Orly abfeuerte, und Hans-Joachim Klein, der sich am 21. Dezember 1975 an dem Überfall der Gruppe "Carlos" auf die Versammlung der OPEC in Wien beteiligte. Seither sind keine Mitglieder der RZ mehr als Söldner internationaler Terrororganisationen hervorgetreten.

Die RAF hatte es verstanden, über Sympathisantengruppen im westlichen Ausland mehrere Jahre lang eine internationale Solidarisierung mit dem deutschen Terrorismus zu promovieren. Die "Kampagne gegen Isolationsfolter" zum Beispiel erreichte eine bemerkenswerte Breitenwirkung in linken Kreisen von Holland, Belgien und Frankreich. Diese Solidarisierung ist tot: Die entsprechenden Unterstützungs-Komitees existieren nicht mehr. Das "legale" Umfeld der RAF hat keine internationalen Verbindungen mehr.

Die Kontakte, die die RAF zu den italienischen Roten Brigaden (BR) hatte, waren nie etablierte Verbindungen von Organisation zu Organisation, sondern liefen stets über persönliche Beziehungen zwischen herausragenden Mitgliedern der RAF zu bestimmten Funktionären der Roten Brigaden (BR). Nach den durchschlagenden Verlusten der BR und den Festnahmen der entsprechenden RAF-Mitglieder sind auch diese Kontakte tot.

Vor einem Jahr versuchten zwei führende Repräsentanten aus dem Umfeld der RAF, Verbindung mit der ETA aufzunehmen. Der Versuch, unter Umständen zu gemeinsamen Operationen zu kommen, wurde aufgegeben, weil die ETA-militar als eines ihrer Hauptziele "vollständige Amnestie" für alle ihre Kämpfer will, die RAF als Kampfziel aber die gewaltsame Befreiung der "inhaftierten Genossen" hat.

Die PLO und ihre Unterorganisationen haben der RAF schon seit Jahren die Unterstützung entzogen. Nach der ersten und einzigen gemeinsamen Operation, der Entführung der Lufthansa-Maschine "Landshut", die mit dem auch für die PLO niederschmetternden Debakel in Mogadishu endete, warfen die Palästinenser der RAF vor, aus einem Überhang an Ideologie die terroristische Praxis zu verkennen.

Seit Ansang 1984 hatte sich bei den RZ und aus dem Umseld der RAF ein steigendes Interesse an Operationen der französischen Action Directe (AD) gezeigt. Die linken Terroristen in der Bundesrepublik bewerteten die AD als die zur Zeit einzige funktionssähige marxistisch-leninistische Terrororganisation in Europa. Bekennerbriese und andere Publikationen der AD wurden mit Interesse gelesen und intern besprochen. Aus diesem Interesse entstand schließlich die Zusammenarbeit zwischen RAF und AD, die in der Ermordung von René Audran und Ernst Zimmermann gipselte.

Die neue Allianz könnte die Operationsmöglichkeiten sowohl der RAF als auch der AD stärken. Das ist zumindest der Wunsch der führenden Mitglieder. Auf der anderen Seite bleibt fraglich, ob das Bündnis von Dauer sein kann. Die

AD hat keine finanziellen Reserven. Sprachprobleme und Unterschiede in Charakter und Wesen zwischen den Mitgliedern der RAF einerseits und der AD andererseits werden die künftigen Kooperationen wahrscheinlich mehr auf Propagandamaßnahmen zurückführen als gemeinsame Aktionen zulassen.

Ein Überraschungsersolg, den die RAF während ihrer jüngsten "revolutionären Aktion" erringen konnte, war die Wiederausnahme von Beziehungen zu den Palästinensern. Mit Beginn des Hungerstreiks hatten Vertreter des "legalen" Umfeldes versucht, Kontakte zum Hauptquartier der Volksfront zur Besteiung Palästinas (PFLP) zu knüpsen. Am 16. Januar 1985 kam es zu einer ersten Begegnung. Ingrid Barabass, Regina Nicolai und Adler, Rechtsanwalt von Brigitte Mohnhaupt, trasen im Hotel Berlin in Ost-Berlin mit Abu Sharif, dem Sprecher der PFLP, zusammen. Ergebnis des Gespräches war ein Interview, das Bassam Abu Sharif der "Tageszeitung (taz)" gab, in dem er unter anderem erklärte, die PFLP unterstütze die Forderung der RAF nach einer Zusammenlegung der Gesangenen. 15

Bis auf weiteres dürfte sich diese Allianz auf Propaganda beschränken.

Schlußfolgerungen

Die Guerilla Diffusa ist ohne politische Bedeutung. Sie ist in die Prestige-Gewalttätigkeit linker Rowdys eingebunden und stellt keine besondere Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar.

Die Revolutionären Zellen (RZ) werden der Diskussion über die Qualität ihrer Aktionen nicht ausweichen können. Es ist nicht abzusehen, ob sie willens und auf Dauer in der Lage sind, den "bewaffneten Kampf" wieder aufzunehmen. Wegen der von ihnen beanspruchten "Rückkoppelung zu den Massen" hängen ihre Aktivitäten von der gesamtpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik ab. Aussichten auf "rot-grüne Bündnisse" werden ihren reformistischen Zweig stärken. Auf der anderen Seite können weitere — beispielhafte — Erfolge der französischen Action Directe Anlaß sein, zu Gewalthandlungen zurückzukehren. Diese würden gemäß der immer noch existenten Gesamtstrategie der RZ vorwiegend auf multinationale Einrichtungen zielen, die sich — in den Augen der RZ — an der "Ausbeutung der Dritten Welt" beteiligen.

Die Rote Armee Fraktion (RAF) hat ihre Konzeption trotz der zahlreichen Niederlagen, die sie in den letzten Jahren erlitt, nicht aufgegeben. Ihre kriminelle Energie ist ungebrochen. Ihr Umfeld ist intakt. Ihr Sympathisantentum allerdings ist geschrumpft. Sie hat wiederholt Kritik aus dem linken Spektrum erfahren, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Strategie als auch hinsichtlich ihrer Taktik. Dieser Kritik hat sie keine neuen Argumente entgegengesetzt. Diskussionswürdige Papiere hat sie nicht mehr produziert. Ihre internationalen Verbindungen sind zusammengebrochen.

Die führenden Mitglieder hatten die Grenzen der Operationsmöglichkeiten der RAF erkannt. Sie forderten mit dem Hungerstreik der Gefängnisinsassen nicht mehr deren "Befreiung", sondern nur noch ihre Zusammenlegung zu "interkommunikativen Gruppen".

Trotz dieser Beschränkung blieb die RAF ohne Erfolg. Die Bundesregierung gab nicht nach. Die Protestdemonstrationen zur Unterstützung des Hungerstreiks blieben überschaubar. Die flankierenden Sprengstoff- und Brandanschläge aus dem "legalen" Umfeld endeten, als der Hungerstreik zusammenbrach. Die Anschläge am 8. April in Hamburg-Wandsbek und in Ippingen müssen als unkoordinierte Attentate aus dem Umfeld, als eine Art "Nachbeten", gewertet werden. Der Versuch, Munition und Sprengstoff in Neukirchen zu beschaffen, der offenbar tatsächlich von einem Kommando der RAF ausging, scheiterte.

Die neuen Verbindungen zu französischen Terroristen und zu den Palästinensern hatten das Prestige der RAF in der Welt des internationalen Terrorismus gestärkt. Dies wirkt für die Kämpfer der RAF sicher als Erfolg, Auf der anderen Seite fehlen der RAF nach wie vor eine überzeugende Analyse der derzeitigen politischen Situation und Theoretiker, die eine neue Strategie formulieren könnten. Deshalb ist die RAF auch für die nahe Zukunft weiterhin ohne motivierende Vision für ihren "Kampf".

Ihre Anhänger versteifen sich gegenüber dieser Erfahrung mit der Behauptung, daß der "bewaffnete Kampf" auch ohne Aussicht auf Sieg fortgeführt werden müsse. Der jetzige harte Kern der RAF nähert sich damit dem Zustand der Hoffnungslosigkeit. Seine Mitglieder werden zu Desperados. Diese Kämpfer können nicht mehr argumentieren, geschweige denn überzeugen. Sie können nur noch töten — mit dem Risiko, selbst den Tod zu finden.

Anmerkungen

- 1 Zahlenangabe vom Bundeskriminalamt (BKA) im Januar 1986.
- 2 Zahlenangabe vom BKA im Januar 1986.
- 3 "Hungerstreikerklärung der RAF", verlesen von der angeklagten Terroristin Gisela Dutzi am 6. Dezember 1984 in der Hauptverhandlung vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main.
- 4 Erklärung des ASTA zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen in der Zeitung "Treibsand" vom 24. Januar 1985.
- 5 Bekennerschreiben der RAF vom 1. Februar 1985.
- 6 ..taz". 4. Februar 1985.
- 7 "Revolutionärer Zorn". Nr. 1. Mai 1975, S. 6.
- 8 Ebenda, Nr. 4, Januar 1978, S. 17.
- 9 Sonderdruck der RZ, August 1983.
- 10 ..taz". 16. Januar 1984.
- 11 Sonderdruck der RZ, März 1984.
- 12 ..emma". Juni 1984.
- 13 .,taz", 21. Februar 1985.
- 14 Ebenda, 21. Februar 1985.
- 15 Ebenda, 19, Januar 1985.

Bezugsbedingungen: Die "Beiträge zur Konfliktforschung" erscheinen viermal im Jahr und sind durch jede Buchhandlung oder unmittelbar von der MARKUS-VERLAGSGESELLSCHAFT mbH, Hohenzollernring 85/87, 5000 Köln 1, zu beziehen.



Anschlag auf die Texaco-Raffinerie in Hemmingstedt, Brandanschlag auf eine Polizeistation, dann Anschläge auf das Kernkraftwerk Brokdorf und das Bayer-Chemiewerk – das war die Manöverlage für eine einwöchige Übung von 450 Mann der Grenzschutzabteilung Küste 3 des BGS in Brunsbüttel. Chemiewerke und Schleuse wurden bis an die Zähne bewaffnet bewacht, das gesamte Stadtgebiet "beweglich überwacht". Krönender Abschluß: Der BGS stürmte im Kugelhagel ein Haus. Bilanz: Ein "Terrorist" tot, zwei verletzt. – (chb)

Who is who in der Bundeswehr

Das einzige aktuelle Nachschlage-Handbuch über politische, militärische und zivile Persönlichkeiten aus dem Verteidigungsbe-

Handbuch der Bundeswehr und der Verteidigungsindustrie. Herausgegeben durch Manfred Sadlowski, verantwortlich für den Inhalt: Karl-Heinz Hahslach, 6. Ausgabe – 1985/86. 1985. 616 Seiten, 446 Porträtfotos, Plastikeinband, DM 68,-. ISBN 3-7637-5285-4

reich der Bundesrepublik Deutschland ist – noch einmal um wichtige Informationen erweitert und auf den neuesten Stand gebracht – zum sechsten Mal erschienen.

Kernstück des Handbuchs 1985/86, das als ein »Who is who in der Bundeswehr«

gelten darf, bildet sein erster Abschnitt mit den 326 Lebensläufen (einschl. Porträtfotos) von Parlamentariern, Offizieren in Generals- bzw. Admiralsrängen sowie Beamten und Angestellten in vergleichbaren Stellungen. In weiteren Abschnitten werden in gleicher Weise 115 Repräsentanten der Verteidigungsindustrie und leitende Beauftragte in Verbänden vorgestellt, die mit den Einrichtungen der Landesverteidigung eng zusammenarbeiten. Diese Lebensdaten werden ergänzt durch umfangreiche Stellenbesetzungs- und Anschriftenlisten. Hinzu kommt das vollständige Kontakt- und Adressenmaterial für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr und der Friedrich Holtzendorff NATO.